

Nachhaltigkeit in der Metropolregion Rhein-Neckar: Ergebnisse einer Befragung

Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hochmuth, U., & Mangold, M. (2021). Nachhaltigkeit in der Metropolregion Rhein-Neckar: Ergebnisse einer Befragung. *Stadtforschung und Statistik : Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker*, 34(2), 58-66. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-75079-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Nachhaltigkeit in der Metropolregion Rhein-Neckar – Ergebnisse einer Befragung

*Im Beitrag folgen auf eine Übersicht zum Leitbild der Nachhaltigkeit Auszüge aus den Ergebnissen einer Befragung in der Metropolregion Rhein-Neckar. Die Ergebnisse verdeutlichen eine hohe Bedeutung von Nachhaltigkeitsthemen, zugleich verweisen sie jedoch auch aufgrund konkurrierender Nachhaltigkeitsziele auf die Schwierigkeit ihrer Umsetzung in politische Entscheidungen. Es wird daher die Frage vertieft, wie man mit kontroversen Themen und konkurrierenden Nachhaltigkeitszielen aus Sicht der Bürger*innen umgehen sollte. Abschließend werden Folgerungen für eine adäquate Kommunikation zwischen den Akteuren sowie für sinnvoll neu gestaltete Formen der Willensbildung und Entscheidungsfindung über den Verlauf der sozial-ökologischen Transformation gezogen.*

Prof. Dr. Uwe Hochmuth

Dipl.-Volksw., MA Soz./Phil., ehem. Geschäftsführer des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen; ehem. Stadtkämmerer Karlsruhe; proflog GmbH. Themenschwerpunkte: Mikrotheorie, Kommunalfinanzen.
✉ uhochmuth@t-online.de

Dr. Michael Mangold

Dipl.- Soz., wiss. Mitarbeiter am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen; proflog GmbH. Themenschwerpunkte: Digitalisierung der öff. Verwaltung, Bildungsforschung.
✉ michael.mangold@iaw.edu

Schlüsselwörter:

Nachhaltigkeit – Zielkonflikte – sozial-ökologische Transformation – Willensbildung – Metropolregion Rhein-Neckar

In dem 1961 erstmals aufgelegten Programm „Unser Dorf soll schöner werden“, wurden die Themenbereiche Umwelt, Klima und Natur noch im Wesentlichen als Frage der Grüngestaltung gesehen. In den nachfolgenden Jahrzehnten erweiterte man die Inhalte um kulturelle und wirtschaftliche Aspekte und betonte insbesondere die Nachhaltigkeit der Entwicklungen in Dörfern oder ländlich geprägten städtischen Ortsteilen und Quartieren. Seit der Verbindung von sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten der Nachhaltigkeit durch die „Brundlandtkommission“ 1987 sowie die UN-Konferenz 1992 („Rio-Konferenz“, „Agenda 21“) wurde zudem sichtbar, dass es sich dabei um ein sehr komplexes Phänomen handelt und alle Ebenen politischen, gesellschaftlichen und privaten Handelns darauf reagieren müssen. Zwar hat die Bundesregierung mit dem Dokument „Ein Kompass für die Zukunft“ (Bundesregierung 2021) eine Präzisierung der Entwicklungsziele vorgenommen, sie reicht jedoch konzeptbedingt nicht aus, um daraus unmittelbar Entscheidungen ableiten zu können. Insbesondere die Kommunen sind aufgefordert lokal passende Vorgehensweisen zu entwickeln und mit den anderen Akteure abzustimmen.

Die Debatte um diese Sachverhalte ist Teil der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung, deren Ergebnisse über rechtlich verbindliche politische Beschlüsse in die daran gebundene administrative Umsetzung münden. Um diesen Gesamtprozess verstehen und gestalten zu können, sollte man Kenntnisse haben über die öffentliche Wahrnehmung der Problematik und über die Vorstellungen der Akteure, wie damit umgegangen werden soll. Vor diesem Hintergrund wurde in der Metropolregion Rhein-Neckar im September/Oktober 2020 eine Befragung durchgeführt, die neben den einzelnen Aspekten der Nachhaltigkeit auch den Umgang mit dabei auftretenden Zielkonflikten thematisierte (Hochmuth/Lothschütz/Mangold 2020).

Leitbild der Nachhaltigkeit

Seine heutige Bedeutung erlangte der Begriff der Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit der massiven und deutlich sichtbaren Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen in der Folge ungebremster wirtschaftlicher Entwicklung in den Industrieländern.¹ Im Rahmen der „Brundlandtkommission“ wurde vor dem Hintergrund einer grundlegenden Kritik am herrschenden Wachstumsmodell ein vielschichtiges Leitbild

einer nachhaltigen Entwicklung geschaffen, das auch die Perspektive der „Dritten Welt“ einbezog. Nicht zuletzt wegen der Gefährdung des dauerhaften Wachstums in den Industrieländern wurden danach regenerative Nutzungsprinzipien zunehmend Teil von deren politischer Agenda.

Das Ergebnis der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung („Rio-Konferenz“ oder „Erdgipfel“) von 1992 war die wegweisende Einigung über das Zusammenführen von Umwelt- und Entwicklungszielen. Der unter dem Namen „Agenda 21“ (BMU 1997) von 178 Teilnehmerstaaten beschlossene Maßnahmenkatalog richtet sich insbesondere an Kommunen und fordert die Akteure vor Ort zur Erstellung örtlich passender Konzepte auf („Global denken – lokal handeln“). Im Rahmen der Folgevereinbarung „Agenda 2030“, wurde die komplexe Thematik der Nachhaltigkeit auf 17 Ziele (Sustainable Development Goals, SDGs) heruntergebrochen. Die von den Vereinten Nationen unter dem Titel „Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ (Vereinte Nationen 2015) verabschiedeten Ziele werden von der Bundesrepublik mitgetragen und vom Bundesumweltministerium erläutert (BMU 2021). Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung findet sich in der aktuellen Fassung vom März 2021 (Bundesregierung 2021).² Im Laufe der Zeit hat sich dabei die strukturierende Unterscheidung in soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele etabliert. Ausdruck findet dies im sogenannten Dreisäulenmodell der Nachhaltigkeit.³

Soziale Nachhaltigkeitsziele

Der Sozialen Nachhaltigkeit liegt keine eindeutige Definition zugrunde. Geht man vom Brundlandbericht aus, dann steht die Verbindung von Umweltschutz und Armutsbekämpfung im Mittelpunkt. In den Beschlüssen von Rio geht es um die dauerhafte Existenzsicherung. Die aktuelle Lesart sozialer Nachhaltigkeit geht jedoch sowohl beim Themenumfang als auch im Detaillierungsgrad deutlich weiter. Vereinfachend kann man drei Handlungsfelder abgrenzen: Gerechtigkeit, Gleichheit und Partizipation. Aus einem anderen Blickwinkel geht es bei Sozialer Nachhaltigkeit um die Sicherung der Würde und der Menschenrechte innerhalb einer Generation und über Generationen hinweg, d. h. das Handeln soll in allen Lebensbereichen sozial- und zukunftsverträglich gestaltet werden (intragenerationale und intergenerationale Gerechtigkeit). Zentrale Bereiche sind dabei z. B. Einkommens- und Vermögensverteilung, Bildung, Chancengleichheit und Teilhabe. Die entsprechenden Ziele sind:

- Keine Armut (SDG 1)
- Kein Hunger (SDG 2)
- Gesundheit und Wohlbefinden (SDG 3)
- Hochwertige Bildung (SDG 4)
- Geschlechtergleichheit (SDG 5)
- Weniger Ungleichheiten (SDG 10)
- Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11)
- Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (SDG 16)

Ökologische Nachhaltigkeitsziele

Anders als der Begriff der Sozialen Nachhaltigkeit, ist der zuvor schon im Zusammenhang mit der Erhaltung der Lebensgrundlagen entwickelte Begriff der Ökologischen Nachhaltigkeit bereits fest etabliert und anerkannt. Natürliche Ressourcen sollen danach nur in dem Maße beansprucht werden, wie sie sich regenerieren können. Alle Akteure in einer Gesellschaft müssen jeweils in ihrem Handlungsbereich einen Beitrag zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen leisten. Die zugehörigen Ziele sind:

- Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen (SDG 6)
- Bezahlbare und saubere Energie (SDG 7)
- Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13)
- Leben unter Wasser (SDG 14)
- Leben am Land (SDG 15)

Wirtschaftliche Nachhaltigkeitsziele

Die Wirtschaftliche Nachhaltigkeit bildet die dritte Komponente der Nachhaltigkeit und richtet sich insbesondere auf ein Wirtschaften, das die Soziale und Ökologische Nachhaltigkeit durch menschenwürdige Arbeit, krisenbeständige Infrastrukturen und verantwortungsbewussten Konsum unterstützt. Zunehmend an Bedeutung gewinnt dabei die Vorstellung, dass nur auf der Grundlage von technischen und sozialen Innovationen ein weiteres Wirtschaftswachstum hervorgebracht werden kann, das den Nachhaltigkeitsgedanken berücksichtigt. Abgebildet wird dies in folgenden Zielen:

- Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG 8)
- Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9)
- Nachhaltiger Konsum und Produktion (SDG 12)
- Partnerschaften zur Erreichung der Ziele (SDG 17)

Umgang mit Zielkonflikten

Die Brundlandkommission erzielte einen politischen Konsens darüber, dass die traditionellen Wachstumsvorstellungen zu den Fehlentwicklungen politischen, gesellschaftlichen und individuellen Handelns und damit zu den Umwelt- und Armutsproblemen der (damaligen) Gegenwart führten. Sie schuf die Voraussetzungen für eine anerkannte Problematisierung der Logik der traditionellen Wachstumsmodelle und der daran anknüpfenden politischen Gestaltungsmaßnahmen. Dieser weitreichenden Kritik wurde jedoch zugleich wieder durch nicht gelöste Zielkonflikte sowie durch sprachliche und konzeptionelle Unschärfen ihre Spitze genommen. Auch in der anschließenden Programmentwicklung der Agenda 2030 wurden diese Schwächen nicht behoben.

Die Lösung der konzeptionellen und der praktischen Probleme mit Zielkonflikten der Nachhaltigkeitspolitik kann letztlich nur durch legitimierte politische Einigungsprozesse in den Gebietskörperschaften erfolgen. In verfassten Demokratien muss diesen aber die zivilgesellschaftliche Meinungs- und Willensbildung vorausgehen, in der die notwendigen und weitreichenden Verhaltensänderungen aller Akteure so diskutiert werden können, dass deren eventuellen Unsicherheiten und mehr noch

deren unumgänglichen Einschränkungen durch Aufklärung und Konsenssuche begegnet werden kann. Dazu müssen auf allen politischen Ebenen zeitnah neue spezifische Umgangsformen und praktische Lösungsansätze entwickelt werden, die eine Abkehr vom herkömmlichen Wachstumsweg und eine Hinwendung zu nachhaltiger Entwicklung ermöglichen.

Damit diese tiefgreifende sozial-ökologische Transformation gelingen kann, bedarf es der regelmäßigen Information der Öffentlichkeit. Zugleich aber auch der Klärung, welche Inhalte in welcher Form überhaupt einer öffentlichen Debatte zugeführt werden können. Die Komplexität vieler Themenbereiche und die darin enthaltenen Zielkonflikte bei an Nachhaltigkeit ausgerichtetem Handeln können i. a. R. nur von einer begrenzten Gruppe von wissenschaftlich-technischen oder berufspraktischen Expert*innen überblickt werden. Entsprechend ist die Delegation von Beurteilung und Empfehlung an Expert*innen oftmals Bestandteil einer unverzichtbaren Arbeitsteilung in modernen Gesellschaften. Dies darf jedoch nicht zu einer vollständigen Übergabe von Entscheidungen an Expert*innengruppen führen, wie es in zahlreichen Politikbereichen bereits erfolgte (u. a. „Rürupkommission“ oder „Hartzkommission“). Sinnvolle bzw. notwendige Expertengremien haben in dem Beziehungsdreieck zwischen Sachverständigen, Politikern und Bürgern eine zumindest doppelte Funktion. Neben der Beratung der Politik in deren Prozessen der Entscheidungsfindung müssen sie die Öffentlichkeit informieren und die zivilgesellschaftlichen Diskussionen begleiten. Letzteres ist zugleich ein möglicher Anknüpfungspunkt für partizipative Politikberatung.

Kontext der Befragung

Die Metropolregion Rhein-Neckar knüpft an diese neue Vorstellung von partizipativer Politikberatung an. Sie ist mit dem Projekt „Nachhaltigkeit in der Regional- und Stadtentwicklung“ neben weiteren zwölf Projekten Teil des bundesweiten Netzwerkes „Regionale Open Government Labore“. Dies wurde mit einem Wettbewerb des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat sowie der kommunalen Spitzenverbände im Rahmen des Bundesprogramms ländliche Entwicklung (BULE) initiiert. Mit den „Open Government Laboren“ soll die regionale Entwicklung durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung positiv beeinflusst werden. Hierfür entwickelte Projekte sollen bis Ende 2022 umgesetzt werden. Im Zentrum des Vorhabens der Metropolregion Rhein-Neckar stehen die Ziele der Agenda 2030 wie sie in den Sustainable Development Goals (SDGs) aufgeführt sind. Um ein aktuelles Meinungsbild für die politischen Entscheider aus der Region hierzu zu erhalten, fand im Zeitraum September/Oktober 2020 eine Online-Befragung der Einwohner*innen der Metropolregion Rhein-Neckar statt. In deren Zentrum stand die Frage nach der Bewertung der einzelnen SDGs und der dahinter liegenden Teilziele. Weiterhin wurde nach Vorschlägen zur Lösung von Zielkonflikten gefragt. Die Ergebnisse der Umfrage wurden im Oktober/November 2020 ausgewertet und am 28.11.2020 im Rahmen einer öffentlich zugänglichen Online-Veranstaltung „Nachhaltig-im-Dialog“ vorgestellt.

Untersuchungsraum Metropolregion Rhein-Neckar

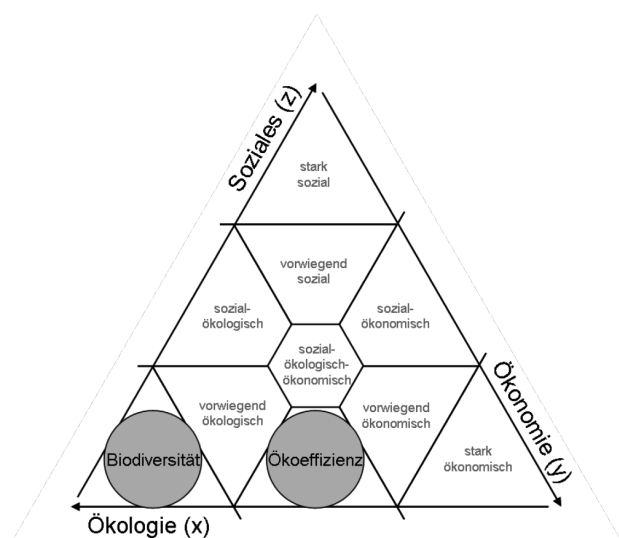
- Verdichtungsraum im Länderdreieck Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen mit ca. 2,4 Mio. Einwohner.
- Europäische Metropolregion mit den Großstädten Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg.
- Fläche rund 5.600 km².
- Wasserstraßen Rhein und Neckar.
- Neben den städtischen Zentren auch ländliche Gebiete mit weniger als 100 Ew je qm².
- Branchenmix mit den Schwerpunkten Anlagen- und Maschinenbau, Automotive, Chemie, Informationstechnologie, Energie, Biotechnologie, Life-Sciences und Gesundheit. Insgesamt rund 160.000 Unternehmen.
- Sitz des weltweit größten Chemiekonzerns (BASF), des größten europäischen Softwarekonzerns (SAP), Konzernsitz und Produktionsstätten von Baustoffen (HeidelbergCement) und Druckmaschinen (Heidelberger Druckmaschinen), Produktionsstandorte von Landwirtschaftsmaschinen (John Deere) und Fahrzeugbau (Daimler), Niederlassungen von Energie- und Automatisierungstechnik (ABB), ...
- Verband Region Rhein-Neckar, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Träger der grenzüberschreitenden Regionalplanung und -entwicklung.

Angaben entnommen aus: MRN 2021

Methodik der empirischen Untersuchung

Um Vergleiche zu ermöglichen, wurde ein Teil der Fragen so gewählt, dass Anschlüsse an andere einschlägige Untersuchungen hergestellt werden können. Dies geschah in zweierlei Hinsicht. Zum einen erfolgte eine Orientierung an den von den Vereinten Nationen formulierten SDGs und zum anderen am sogenannten Dreisäulenmodell bzw. dem Nachhaltigkeitsdreieck (Abb. 1), das den Zusammenhang von ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen beschreibt.

Abb. 1: Integrierendes Nachhaltigkeits-Dreieck.



Quelle: Kleine 2008

Um Einflussgrößen auf die als wichtig eingestuften Ziele zu ermitteln, wurden Geschlecht, Alter, Bildung und Größe der Wohngemeinden in der Struktur der amtlichen Statistik abgefragt. Damit der zeitliche und finanzielle Aufwand der Umfrage in Grenzen gehalten werden konnte, entschieden sich der Auftraggeber und das Forschungsteam für eine Onlineerhebung (Dauer: 37 Tage; Umfang: 989 Teilnehmer*innen). Um den Zeitaufwand für die Befragten (7-10 Minuten) trotz sehr vieler abzufragender Variablen vertretbar zu halten, wurde die Form der Fragen und der zugehörigen Antwortmöglichkeiten stark vereinheitlicht. Nur für die Fragen zur Partizipation wurde auf diese Einfachheit verzichtet. Angesichts der Komplexität dieser für das zu untersuchende Thema wichtigen Zusammenhänge erschien dies gerechtfertigt und hat sich bewährt.

Basisdaten der Onlinebefragung

Die Erhebung wurde zwischen dem 3. September und dem 9. Oktober 2020 durchgeführt. Insgesamt haben 989 Teilnehmer*innen im Alter von 16 bis 81 Jahren mitgewirkt, darunter 515 Frauen und 462 Männer (ohne Angabe 12). Die Altersklasse 30-59 war mit 699 Personen mit Abstand am stärksten vertreten (ohne Angabe 14). Hinsichtlich der Ge-

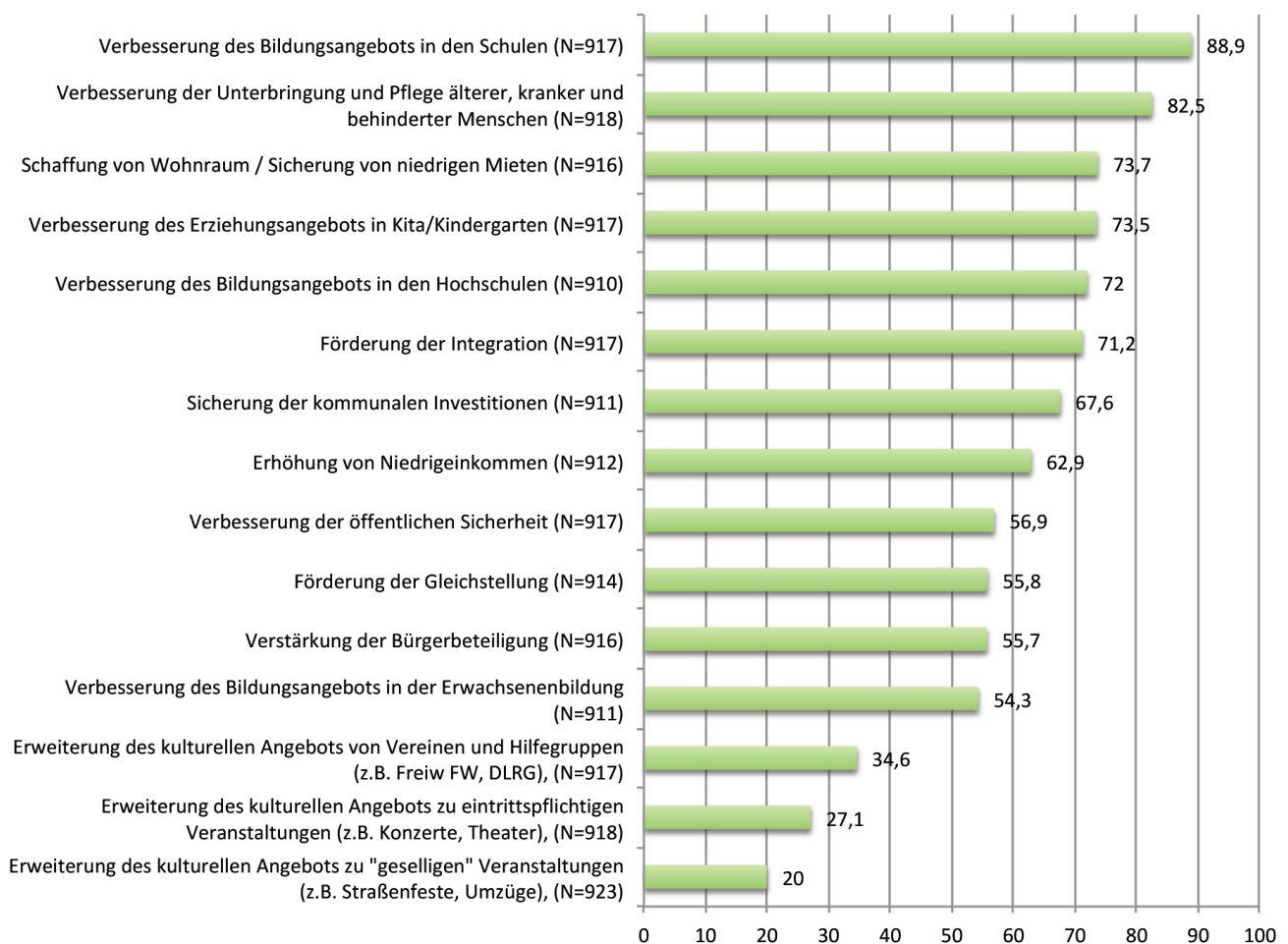
meindegrößenklassen war die Kategorie 5.000–19.999 mit 389 Nennungen am häufigsten vertreten (ohne Angabe 24). Bildungsabschlüsse wurden unterschieden in „Ohne“, „Hauptschule“, „Realschule“, „Abitur“ und „Akademischer Abschluss“. Mit 603 lag die Zahl der Personen mit akademischem Abschluss sehr hoch; demgegenüber hat nur eine Person keinen und 28 einen Hauptschulabschluss (ohne Angabe 6). Damit weisen die Teilnehmer*innen ein deutlich über dem Durchschnitt liegendes Bildungsniveau auf.

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ war mit 982 Nennungen praktisch allen Teilnehmer*innen (N=985) bekannt und auf der 6-er Skala mit „sehr wichtig“ (1) bis „sehr unwichtig“ (6) mit 1,34 hoch bewertet. Der komplette Datensatz mit allen Ausdifferenzierungen kann als Open Source im Datenportal der Metropolregion Rhein-Neckar (<https://daten.digitale-mrn.de>) abgerufen werden.

Übersicht zu den Ergebnissen

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Befragung stark reduziert wiedergegeben und allein der Themenbereich „Beteiligung“ näher dargestellt, da er in Bezug auf die genannten Zielkonflikte der Nachhaltigkeit besonders aufschlussreich ist.

Abb. 2: Bewertung der einzelnen Themen der Sozialen Nachhaltigkeit, Zusammenfassung von „wichtig“ und „sehr wichtig“. Angaben in Prozent.



Soziale Nachhaltigkeit:

Bei der Bewertung der acht SDGs zur Sozialen Nachhaltigkeit wurden die Ziele „Nachhaltige Städte u. Gemeinden“ (20,2 %), „Gesundheit u. Wohlbefinden“ (18,3 %) und „hochwertige Bildung“ (17,2 %) am höchsten bewertet. Mit 5 % erfuhr das Nachhaltigkeitsziel „Geschlechtergleichheit“ die geringste Nennung. Die in den SDGs zusammengefassten 15 Themen der Sozialen Nachhaltigkeit wurden differenziert abgefragt und mit einer 6er-Skala (sehr wichtig, wichtig, eher wichtig, eher unwichtig, unwichtig, sehr unwichtig) erhoben. Die Frage lautete: „Wie wichtig sind Ihnen folgende Themen sozialer Nachhaltigkeit? Tragen Sie hier bitte Ihre Einschätzung ein ...“ (Abb. 2)

Ökologische Nachhaltigkeit:

Fünf SDGs bilden die Säule Ökologische Nachhaltigkeit. Von ihnen konnten bis zu drei als wichtigste genannt werden. Die Bewertung ergab folgende Reihenfolge: „Klimaschutz“ (32 %), „Bezahlbare und saubere Energie“ (30,8 %), „Wasser“ (22,2 %), „Leben an Land“ (10,8 %) und „Leben unter Wasser“ (4,3 %). Auch hier wurde der Komplex näher untersucht und die Wichtigkeit von 15 Einzelthemen mit der 6er-Skala abgefragt. Die Frage lautete: „Wie wichtig sind Ihnen folgende Themen der Ökologischen Nachhaltigkeit?“ (Abb. 3)

Wirtschaftliche Nachhaltigkeit:

Bei der Bewertung der entsprechenden vier SDGs ergab sich folgende Abstufung: „Nachhaltiger Konsum und Produktion“ (34,3 %), „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ (26,6 %), „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ (23,6 %) sowie „Partnerschaft zur Erreichung der Ziele“ (15,5 %). Die differenzierte Befragung der neun Einzelthemen der Wirtschaftlichen Nachhaltigkeit wurde analog der anderen Itembatterien mit der 6er-Skala durchgeführt. Die Frage lautete: „Wie wichtig sind Ihnen folgende Themen der Wirtschaftlichen Nachhaltigkeit?“ (Abb. 4)

Ergebnisse zum Komplex „Beteiligung“:

Die obigen Daten lassen begründet vermuten, dass die Nachhaltigkeitsproblematik von der Öffentlichkeit über alle drei Säulen hinweg als sehr wichtig erachtet wird. Die Politik, die über die Rechtssetzung die verbindliche Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu sichern hat, kann also davon ausgehen, dass die Beschäftigung damit und die Notwendigkeit von Verhaltensänderungen grundsätzlich akzeptiert ist. Die Schwierigkeiten treten dann auf, wenn konkrete Maßnahmen zu ergreifen sind, die nicht allen Interessen gerecht werden können, und wenn bei Zielkonflikten Entscheidungen getroffen werden müssen. Wenn es keine Regeln zur Priorisierung von Zielen gibt, kann z. B. ein Ziel wie auskömmliche Wohnraumversorgung mit dem gleichzeitig geltenden Ziel des Ressourcenschutzes (Flächenschutz) konfliktieren. Solche Zielkonflikte finden sich zahlreich innerhalb der Säulen und zwischen ihnen. Um die damit verknüpften Probleme der politischen Praxis zu lösen, ist es daher erforderlich, pragmatische Vorrangs- bzw. Kompensationsregeln zu finden.

Solche spezifischen Konfliktfelder wurden in der Befragung bewusst nicht angesprochen. Sie müssten in genau auf die jeweils eindeutig greifbaren Streitfragen bezogenen Untersuchungen bearbeitet werden. Fiktive Problembeschreibungen und -lösungen erbringen i. d. R. keine belastbaren Ergebnisse für reale interessen geleitete Konfliktsituationen.

Diese Problematik ist eng verbunden mit der seit längerem anhaltenden öffentlichen Debatte über die Rolle von demokratischen Institutionen, über Zweifel an der Abbildungs- und Leistungsfähigkeit von repräsentativen Demokratien sowie über die daraus resultierenden Wünsche nach mehr Bürgerbeteiligung. Die Auseinandersetzung darum kann markiert werden mit dem Begriff „Postdemokratie“ (Crouch 2008) oder mit der Frage nach einer „Krise der Demokratie“ (Merkel 2015) bzw. mit dem Anliegen einer „Demokratisierung der Demo-

Abb. 3: Bewertung der einzelnen Themen der Ökologischen Nachhaltigkeit. Zusammenfassung von „wichtig“ und „sehr wichtig“. Angaben in Prozent.

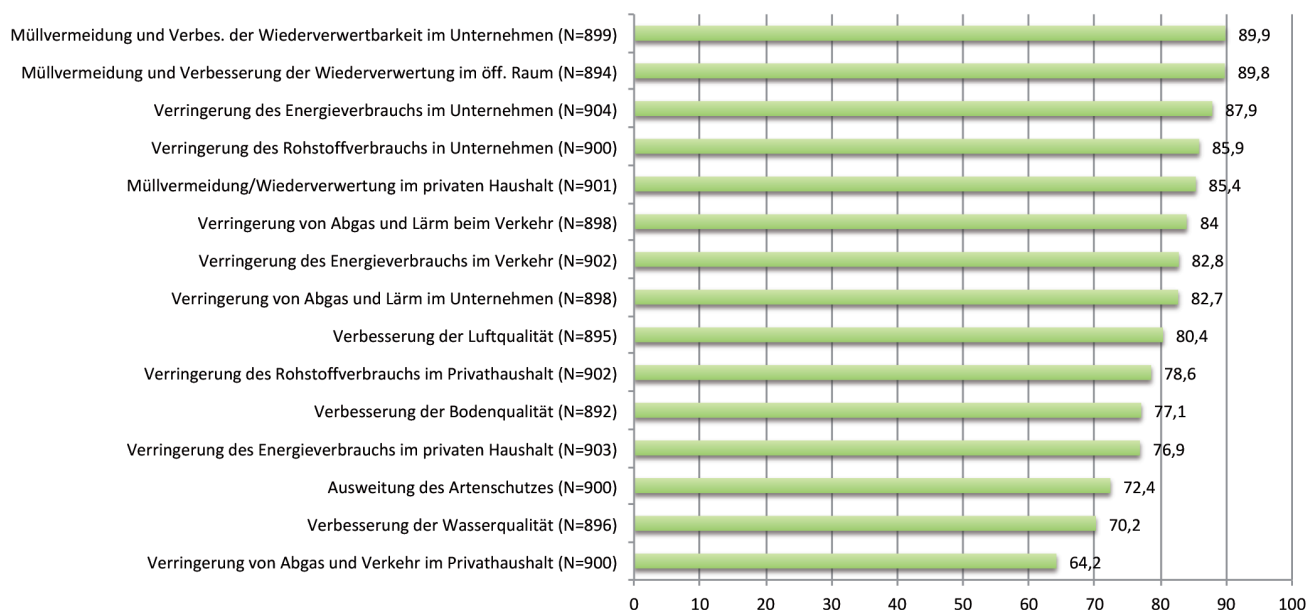
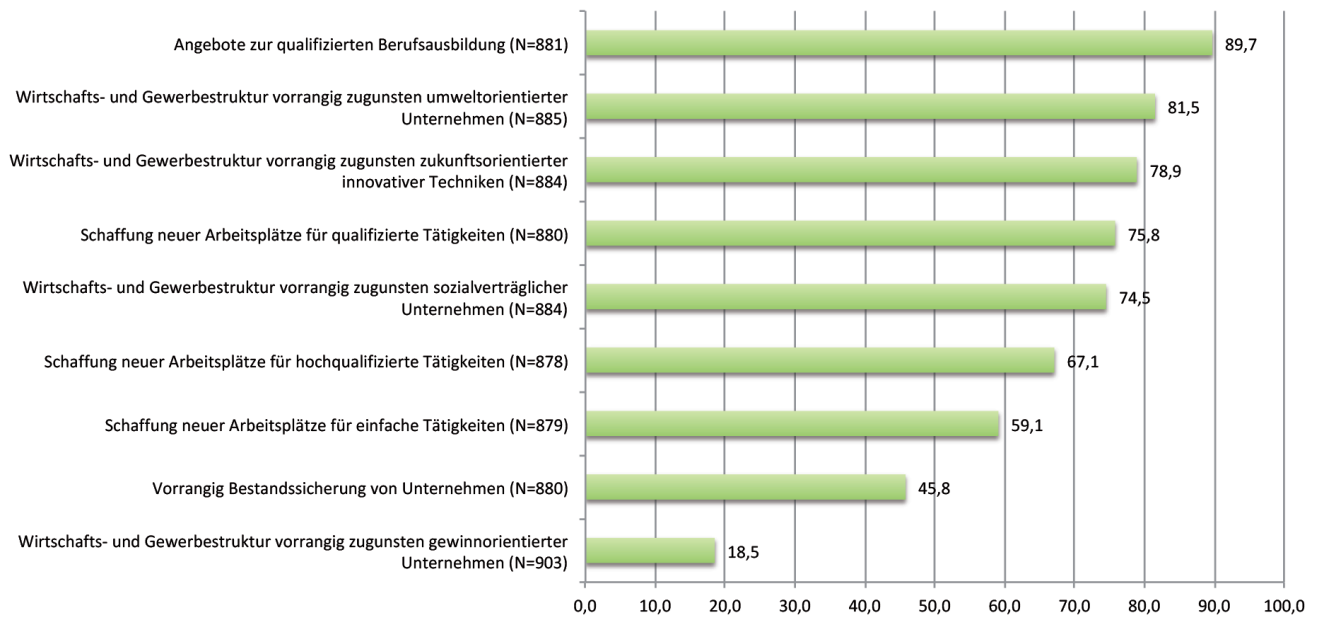


Abb. 4: Bewertung der einzelnen Themen der Wirtschaftlichen Nachhaltigkeit. Zusammenfassung von „wichtig“ und „sehr wichtig“. Angaben in Prozent.



kratie“ (Offe 2003). Weitere wichtige Aspekte werden durch die Digitalisierung und die Öffnung der Verwaltung (open government data) beigesteuert (Hochmuth/Mangold 2021a, 2021b, 2020). Unter Begriffen wie z. B. „co-production“ wird die Debatte um Partizipationsmöglichkeiten an politischen Entscheidungsprozessen anhand von umfangreichen Datenveröffentlichungen und höheren Transparenzansprüchen neu ausgerichtet. Ähnliche Anforderungen an das demokratische System kommen auch aus der Nachhaltigkeitsdebatte.

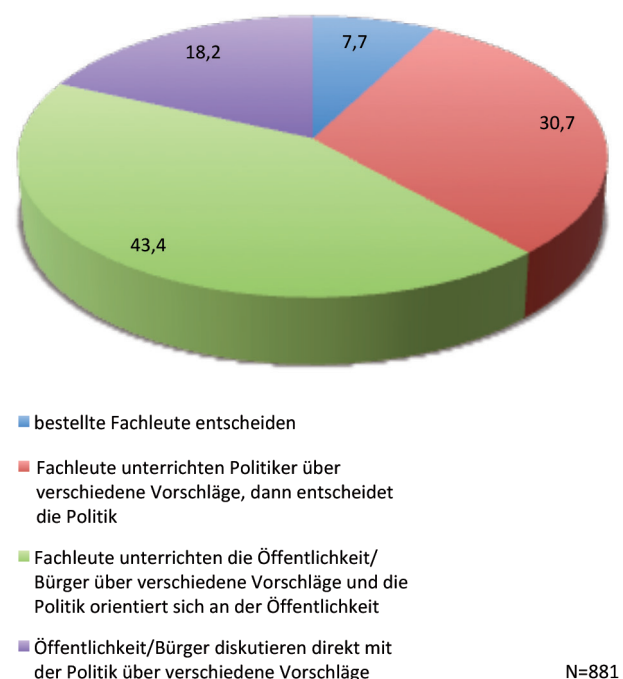
Bereits im Brundtland-Bericht und noch deutlicher in den Dokumenten der Rio-Konferenz (Grunwald/Kopfmüller 2012: 44) gehen die Vorstellungen über die etablierten Modelle repräsentativer Demokratie hinaus.⁴ Zur Gestaltung dazu passender Prozesse, die die Legitimität und die allgemeine Akzeptanz ihrer manifesten Ergebnisse in den jeweiligen konkreten Fällen sichern können, sollte man also eine Vorstellung der von Bürger*innen gewünschten grundsätzlichen Formen der Problembehandlung haben.

Eine zentrale Frage ist dabei die nach der Rolle von Expert*innen im sozial-ökologischen Transformationsprozess. Bei der gegenwärtig noch dominanten Praxis politischer Entscheidungsfindungen besteht die Aufgabe der Expert*innen hauptsächlich in der Bereitstellung von Fachkenntnissen für die politischen Entscheidungsträger. Diese Vorstellung gerät wegen komplexer werdender Problemlagen und zugleich zunehmender Einforderung von Partizipation in Bewegung. Insbesondere das Verhältnis der beratenden Expert*innen zur Zivilgesellschaft zeigt schon eine Verschiebung weg von der Unterrichtung hin zum Diskurs und dessen Integration in die Kommunikation mit der Politik.

Um sich diesem Problembereich zu nähern, wurden auch Entscheidungsfindungstypen zur Überwindung von Zielkonflikten abgefragt. Die entsprechende Frage lautete: „Der

Zusammenhang der Nachhaltigkeit in den Bereichen Soziales, Ökologie und Wirtschaft stellt die Politik vor große Herausforderungen. Die Veränderungsprozesse in einem der drei Bereiche haben zahlreiche Auswirkungen auf andere. Daher stellt sich die Frage, wie sollen Entscheidungen gefunden werden, wenn Maßnahmen zur Förderung unterschiedlicher Nachhaltigkeitsziele einander widersprechen?“ Zur Auswahl wurden den Befragten vier Varianten gegeben (siehe Legende zu Abb. 5).

Abb. 5: Entscheidungsfindungstypen. Angaben in Prozent.



Mit deutlichem Abstand wurde mit 43,4 % der Entscheidungstyp am häufigsten genannt, der den Fachleuten die Aufgabe der Information der Öffentlichkeit bzw. der Bürgerschaft zuspricht und der Politik die Orientierung an dieser Meinungsbildung. Deutlich weniger (7,7 %) gewünscht hingegen wird die direkte Übernahme der Entscheidungen durch Expert*innen.

Richtete sich die genannte Frage auf die Entscheidungstypen bzw. auf den damit verknüpften Prozess, sollte mit der letzten inhaltlichen Frage der gewünschte Einfluss der Akteure auf wichtige politische Entscheidungen erfragt werden. Die Frage lautete: „Inwieweit soll sich zukünftig der Einfluss nachfolgender Personengruppen auf wichtige politische Entscheidungen verändern?“ Zur Auswahl standen die Personengruppen „Fachexpert*innen“, „Bürger*innen“ und „Politiker*innen“ (Abb. 6).

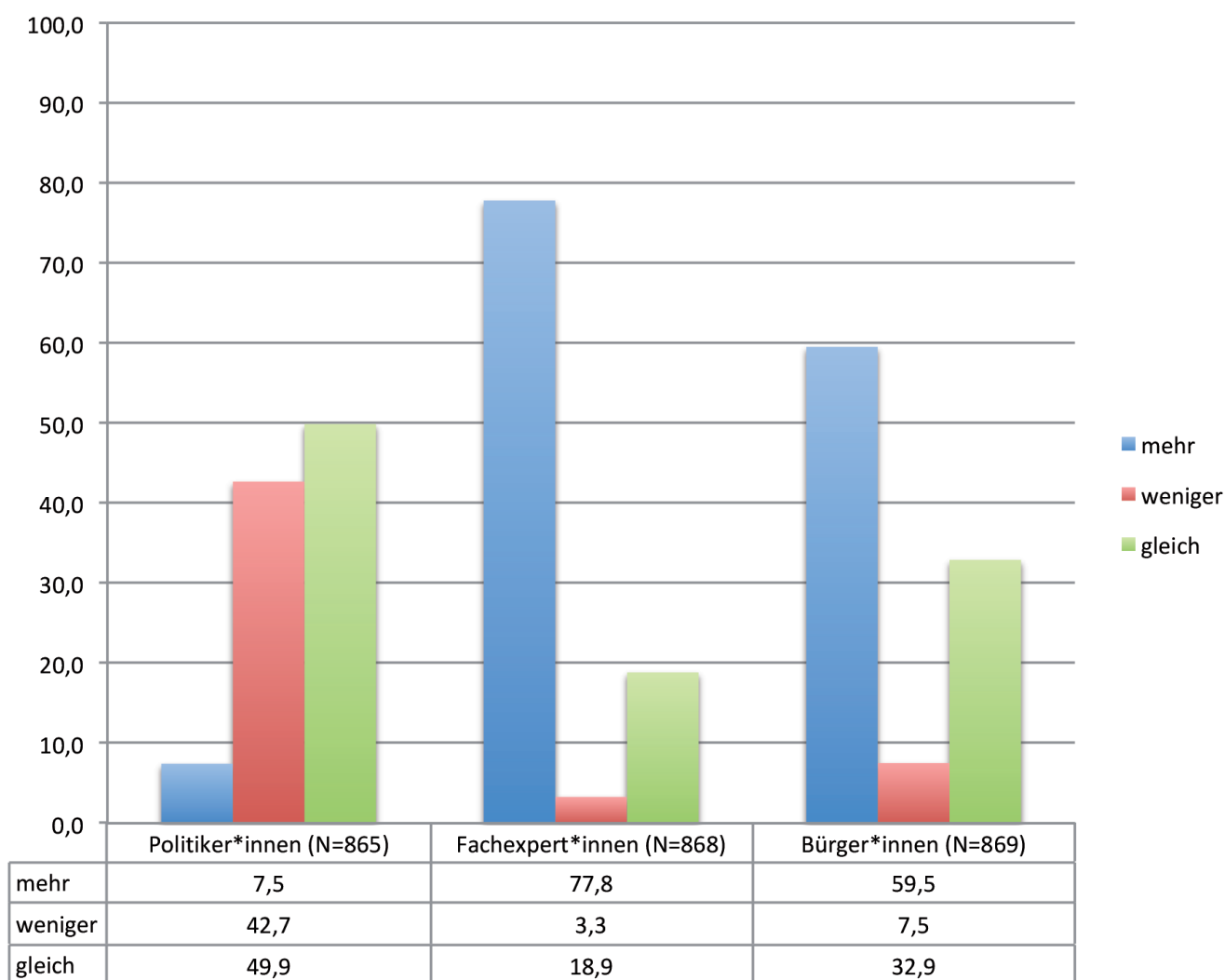
Die Befragten bekundeten mit 77,8 % den klaren Wunsch nach mehr Einfluss von „Fachexpert*innen“. Auch der Wunsch

zugunsten einer Zunahme des Einflusses von „Bürger*innen“ tritt mit 59,5 % deutlich hervor. Ein anderes Bild ergibt sich bei Politiker*innen“, von denen rund die Hälfte (49,9 %) ein gleichbleibender, aber mit 42,7 % ein geringerer Einfluss gewünscht wird.

Die recht deutlich ausfallenden Ergebnisse wurden u. a. nach dem Merkmal Alter der Befragten differenziert. Um eine Anschlussfähigkeit der Erhebung zu erreichen, wurden die Altersklassen der amtlichen Statistik übernommen, mit dem Nachteil der teilweise sehr geringen Zellenbesetzung (Abb. 7).

Je jünger die Befragten sind, desto mehr Einfluss wünschen sie sich durch Expert*innen. Der Wunsch nach einem geringeren Einfluss von Politiker*innen ist bei allen Altersklassen deutlich ausgeprägt. Aufgrund der geringen Fallzahl (N= 7) der jüngsten Altersklasse (0–19 Jahre) sollte die Merkmalausprägung hier nur ergänzend bewertet werden. Auch der Wunsch nach einem höheren Einfluss der Bürger*innen ist bei allen Altersklassen deutlich ausgeprägt.

Abb. 6: Auf wichtige politische Entscheidungen sollte mehr Einfluss haben: Politiker*innen, Fachexpert*innen, Bürger*innen. Angaben in Prozent.



Differenziert man nach Bildung, dann zeigt sich, dass Befragte mit einem höheren Bildungsabschluss (Abitur/akademischer Abschluss) sich mehr Experteneinfluss wünschen als die anderen Befragten. Mit zunehmendem Bildungsabschluss der Befragten, nimmt der Wunsch nach einer Ausweitung des Einflusses der Bürger*innen auf wichtige politische Entscheidungen ab.⁵

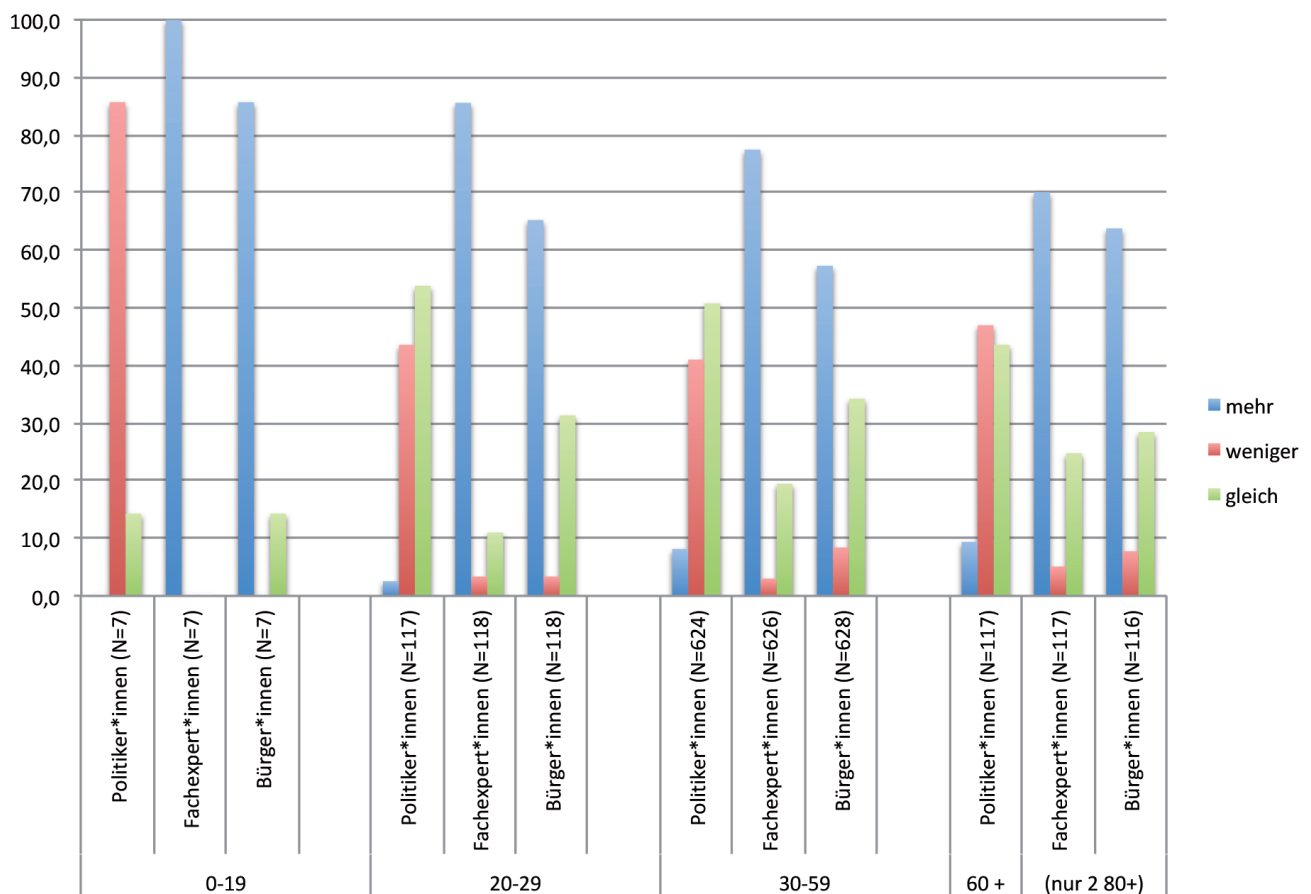
Erste Konsequenzen

Die Teilnehmer an der Online-Befragung bilden die Einwohnerschaft der untersuchten Region nicht repräsentativ ab (z. B. ist der Anteil akademisch gebildeter Personen mit ca. 61 % sehr hoch). Die Erhebungsart führt zu systematischen Problemen z. B. durch die Selbstrekrutierung der Teilnehmer, die unterschiedlichen Zugang zum Internet haben sowie über unterschiedliche Kompetenz und Zeitressourcen verfügen.⁶

Zudem lassen sich Mehrfachteilnahmen nicht ausschließen. Der Auftraggeber der Befragung sah die Ergebnisse gleichwohl als hinreichend verlässliches Meinungsbild an, um damit die Diskussion unter und zwischen Politikern und der Zivilgesellschaft anzuregen.

Im Laufe der Studie zeigte sich (unter den genannten Vorbehalten), dass gerade wenn am Ende eines Prozesses Mehrheitsentscheidungen mit überstimmten Minderheiten stehen, der Weg dorthin als ein Diskurs im Sinne eines Austauschs von Argumenten gesehen werden muss. Aus anderen Blickwinkeln ist dies ein Lernprozess oder ein Prozess der Meinungs- und Willensbildung, der neben einer sachlichen Lösung immer auch eine Bestätigung liefern sollte, dass Diskurse aus praktischen Erwägungen heraus nicht endlos dauern können und bei nicht einstimmigen Lösungen diese von allen Beteiligten aus übergeordneten Gründen anerkannt werden müssen. Dies gilt insbesondere, weil der sozial-ökologische Transformations-

Abb. 7: Auf wichtige politische Entscheidungen sollte mehr Einfluss haben: Politiker*innen, Fachexpert*innen, Bürger*innen. Differenziert nach Alter. Angaben in Prozent.



prozess über weite Strecken mit sehr strittigen ökonomischen Lastenverteilungen und gravierenden Verhaltensänderungen verbunden ist.

In Bezug auf die Bedingungen in der Metropolregion und angesichts der weitverbreiteten Ansicht, dass in allen Bereichen der Nachhaltigkeit großer Handlungsdruck besteht, zeigte sich in den einzelnen Handlungsfeldern durchgängig die Notwendigkeit einer Neugestaltung der Verhältnisse zwischen Politik, Zivilgesellschaft und sachkundigen Experten. Orientierungspunkte einer solchen Neugestaltung sind Transparenz aller Vorgänge und die Möglichkeit der öffentlichen Teilhabe daran. Das Finden von Vorrangs- bzw. Kompensationsregeln und die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Akteurstypen (Politik, Experten und Öffentlichkeit) ist eine normative Aufgabe, die in Kommunikationsprozessen zu lösen ist.

Ein mögliches Modell, wie das Geflecht zwischen politischen Entscheidungsträger*innen, zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit und thematisch ausgewiesenen Expert*innen sinnvoll strukturiert werden kann, ist die mit den Befragungsergebnissen kompatible „partizipative Politikberatung“. Danach kommt den Expert*innen bzw. Wissenschaftler*innen eine prägende Doppelrolle zu. Sie sollen einerseits die Politik bei deren Entscheidungsfindung unterstützen, sie jedoch

keinesfalls ersetzen. Andererseits sollen sie die Öffentlichkeit ausführlich über die Politikberatung unterrichten und in Zusammenhang damit die öffentliche Meinungsbildung fördern. „Die Aufklärung eines wissenschaftlich instrumentierten politischen Willens kann nach Maßstäben rational verbindlicher Diskussion nur aus dem Horizont der miteinander sprechenden Bürger selbst hervorgehen und muß in ihn zurückführen“ (Habermas 1969: 137).

- 1 Siehe zur Übersicht: Grunwald/Kopfmüller 2012, Brand 2021.
- 2 Für Akteure aus der Stadt- und Regionalplanung ist weiterhin die 2007 verabschiedete „Leipzig-Charta“ von besonderer Bedeutung (BMI 2021). Sie wird jedoch nachfolgend nicht erläutert, da sie der Befragung nicht zugrunde lag.
- 3 Das Dreisäulenmodell war eine Grundlage für die Befragung.
- 4 Siehe hierzu insbesondere die Ausführungen in Kapitel 23, in welchem eine „echte Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen“ eingefordert wird (Vereinte Nationen 1992).
- 5 Details hierzu: Hochmuth/Lothschütz/Mangold 2020: 22f.
- 6 Eine Übersicht zu diesen Vorbehalten findet sich z. B. in Schnell 2019: 277-304.

Literatur

- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Die neue Leipzig-Charta. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bauen-wohnen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/neue-leipzig-charta/neue-leipzig-charta-node.html> (Abruf zuletzt 06.06.2021).
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1997): Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Original Dokument in deutscher Übersetzung. <http://www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/ag21dok/index.htm> (Abruf zuletzt 10.05.2021).
- Brand, Karl-Werner (Hrsg.) (2017): Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch. Frankfurt a. M.
- Brand, Karl-Werner (2021): „Große Transformation“ oder „Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit“? In: Leviathan, 49. Jg., 2/2021, S. 189–214, DOI: 10.5771/0340-0425-2021-2-189.
- Bundesregierung (2021): Ein Kompass für die Zukunft. Nachhaltigkeitsstrategie neu aufgelegt. Berlin. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/nachhaltigkeitsstrategie-2021-1873560> (Abruf zuletzt 16.04.2021).
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M.
- Grunwald, Armin; Kopfmüller, Jürgen (2012): Nachhaltigkeit. 2. akt. Aufl. Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen (1969): Technik und Wissenschaft als „Ideologie“. Frankfurt a. M.
- Hochmuth, Uwe; Lothschütz, Anja; Mangold, Michael (2020): Nachhaltig im Dialog. Nachhaltigkeit in der Metropolregion Rhein-Neckar. Kompaktbericht. Regionale Nachhaltigkeitsentwicklung. Wünsche, Ziele, Maßnahmen. Zusammenfassung der Themenschwerpunkte zur Online-Befragung in der Metropolregion Rhein-Neckar. Verband Region Rhein-Neckar (Hrsg.), im Auftrag der WerteWissenWandel Gesellschaft für Zukunftsgestaltung gGmbH. o. O.
- Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael (2020): Mehr Daten, mehr Beteiligung? Die digitale Transformation und ihre Bedeutung für die Weiterbildung. In: weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung, Heft 1/2020, S. 53–56.
- Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael (2021a): Open Data. Kein Selbstläufer. In: Kommune21, Heft 4/2021, S. 10–11.
- Hochmuth, Uwe; Mangold, Michael (2021b): Open Data. Mehr als Technik. In: Kommune21, Heft 5/2021. https://www.kommune21.de/meldung_36186 (Abruf zuletzt 07.06.2021).
- Kleine, Alexandro (2008): Integrierendes Nachhaltigkeitsdreieck. <https://commons.wikimedia.org/w/index.php> (Abruf zuletzt 07.06.2021).
- Merkel, Wolfgang (2015): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden.
- MRN – Metropolregion Rhein-Neckar (2021): Metropolregion Rhein-Neckar – eine Allianz starker Partner. <https://www.m-r-n.com> (Abruf zuletzt 09.07.2021).
- Offe, Claus (Hrsg.) (2003): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge. Frankfurt a. M.
- Schnell, Rainer (2019): Survey-Interviews – Methoden standardisierter Befragungen, 2. Auflage. Wiesbaden.
- United Nations (1987): Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen („Brundtlandkommission“). <http://www.un-documents.net/wced-ocf.html> (Abruf zuletzt am 18.05.2021).
- Vereinte Nationen (1992): Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Original Dokument in deutscher Übersetzung. Hrsg.: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Berlin. <http://www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/ag21dok/kap23.htm> (Abruf zuletzt 18.05.2021).
- Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015. <https://www.un.org/depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf> (Abruf zuletzt 20.05.2021).